

07.07.99

Antrag
des Saarlandes

Entschlieung des Bundesrates zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge

Der Ministerpräsident des Saarlandes

Saarbrücken, den 7. Juli 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Roland Koch

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

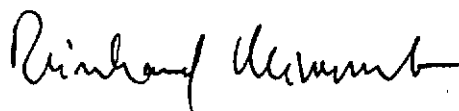
die Regierung des Saarlandes hat beschlossen, die in der Anlage beigefügte

Entschlieung des Bundesrates zur langfristigen
Sicherung der Altersvorsorge

im Bundesrat einzubringen.

Ich bitte, die Entschlieung gemäß § 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Bundesrates mit dem Antrag auf sofortige Sachentscheidung auf die Tagesordnung der 741. Sitzung des Bundesrates am 09. Juli 1999 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



EntschlieÙung des Bundesrates zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge

Der Bundesrat unterstützt die Bundesregierung in dem Bemühen, das Altersvorsorgesystem der demographischen Entwicklung anzupassen, die Beitragssätze langfristig zu stabilisieren und ein hohes Versorgungsniveau für die Zukunft zu sichern. Um das Vertrauen der jungen Generation, die mit ihren Beiträgen die heutigen Renten finanziert, in die Sicherheit der eigenen Renten zu stärken, ist es sinnvoll, Anreize für eine zusätzliche, freiwillige private Altersvorsorge zu bieten. Der Bundesrat begrüÙt auch die geplante Einführung einer bedarfsorientierten, steuerfinanzierten Grundsicherung und einer eigenständigen Alterssicherung für Frauen sowie die Neuordnung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten.

In den Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998 sind unter der alten Bundesregierung die Renten immer unterhalb der Inflationsrate angepasst worden. Auch die Anhebung der Altersgrenzen und die Verschlechterung bei der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente haben die soziale Symmetrie zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner verbogen.

Im Interesse der Rentnerinnen und Rentner muss am Nettolohnprinzip festgehalten werden. Deshalb fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, von ihrem Vorhaben, die Nettolohnanpassung für zwei Jahre auszusetzen, abzusehen.

Die Sicherheit der Renten ist für die Menschen von existentieller Bedeutung. Der Bundesrat appelliert an die Bundesregierung und alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die Antwort auf die offenen Fragen der Altersvorsorge im breiten Konsens zu suchen.

24.09.99

Beschluss

des Bundesrates

Entschlieung des Bundesrates zur langfristigen Sicherung der
Altersvorsorge

- Antrag des Saarlandes -

Der Bundesrat hat in seiner 742. Sitzung am 24. September 1999 beschlossen, die
Entschlieung für erledigt zu erklären.